

**Westfälische Erklärung
der Präsidentinnen und Präsidenten
der deutschen und österreichischen Landesparlamente
sowie des Südtiroler Landtages
unter Beteiligung des Parlaments
der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens**

Demokratie unter Druck?

Verantwortung und Chancen der Landesparlamente und ihrer Öffentlichkeitsarbeit in Zeiten sehr unterschiedlicher und oft sinkender Wahlbeteiligung

Die Westfälische Erklärung richtet den Blick auf die parlamentarische Demokratie als Ganzes, die gegenwärtig zunehmend unter Druck gerät. Symptome dieser Entwicklung sind sinkende Wahlbeteiligung, zunehmende politische Polarisierung, Ablehnung demokratisch erzielter Kompromisse und offen zur Schau gestellte Abneigung gegen demokratische Institutionen.

Die Westfälische Erklärung führt damit die Tradition der Erklärungen der Präsidentinnen und Präsidenten zur Zukunftsfestigkeit der parlamentarischen Demokratie fort – in einer Zeit multipler Krisen, in der die Demokratie weltweit und auch in Deutschland und Österreich unter Druck steht: Die gemeinsame Kremser Erklärung stellte 2013 fest, dass die moderne Informationsgesellschaft und ihre Instrumente den Landesparlamenten die Chance bieten, Bürgerinnen und Bürger in neuer Qualität zu informieren und zu beteiligen. In der Erklärung von Heiligendamm forderten die Präsidentinnen und Präsidenten 2015 eine politische Diskussion über die ethischen Grundlagen für den digitalen Staat. Die Ettersburger Erklärung der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente legte im Jahr 2018 den Fokus auf die Fehlentwicklungen und Risiken des digitalen Wandels für die parlamentarische Demokratie. In der Erklärung von Schleswig-Holstein 2021 betonten die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente die mit der Digitalisierung einhergehenden Chancen und Risiken, begrüßten den digitalen Raum aber auch als ein Forum politischer Teilhabe.

Wahlen fungieren als Seismografen für die Stabilität und Vitalität unserer Demokratie. Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat nunmehr aktuell und gezielt die Gründe sinkender Wahlbeteiligungen, die Zufriedenheit mit dem System der parlamentarischen Demokratie und die Effekte der Demokratiebildung wissenschaftlich untersuchen lassen.

Gründe für die Nichtteilnahme an Wahlen sind vielfältig, unter anderem die Annahme, mit der Stimmabgabe die politischen Interessen nicht zur Geltung bringen zu können, mangelnde Wahrnehmung der Politik im Alltag sowie Misstrauen gegenüber Politik oder Institutionen. Defizite hinsichtlich der politischen Bildung und der Demokratiebildung können Misstrauen begünstigen.

Daher sind entsprechende Bildungsangebote der Parlamente sowie persönliche Begegnungen mit Politikerinnen und Politikern, insbesondere auch in Gegenden oder Quartieren, die eine besonders hohe Quote von Nicht-Wählerinnen und Nicht-Wählern aufweisen, unerlässlich. Diese Angebote, auch auf digitalen Kanälen, sollten zielgruppenspezifisch zugeschnitten sein.

Parlamente sind die Orte, an denen Demokratie erlebbar ist. Parlamentsbesuche fördern das Verständnis für die parlamentarische Demokratie. Daher sollten parlamentarische Besuchsangebote auf eine hohe gesellschaftliche Reichweite zielen und verstärkt Personen mit geringem Politikinteresse adressieren. Sie können Politikdistanz abbauen und politische Bildung in allen Lebensphasen und -bereichen fördern.

Wahlbeteiligung: Seismograf der Stabilität der Demokratie

1. Die Präsidentinnen und Präsidenten der Landesparlamente stimmen darin überein, dass dauerhaft niedrige Wahlbeteiligungen eine Gefahr für die Demokratie und eine Aufforderung für eine weitere Verstärkung der vitalen Vermittlungsarbeit der Parlamente sind. Auch wenn die Bürgerinnen und Bürgern weiterhin mit großer Mehrheit die parlamentarische Demokratie als politisches System unterstützen, so müssen die Parlamente ihre Verantwortung für die Verteidigung der Demokratie übernehmen.
2. Die Parlamente sind in der repräsentativen Demokratie die einzigen direkt gewählten Verfassungsorgane. Hier schlägt das Herz der Demokratie. Verlieren die Parlamente ihre Unterstützung bei den Bürgerinnen und Bürgern, verliert die Demokratie. Eine hohe Wahlbeteiligung ist das Ziel der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente. Die Teilnahme ist Ausdruck einer aktiven, politischen Partizipation. Deshalb beschließen die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente, in der Öffentlichkeit zur Teilnahme an Wahlen aufzurufen.
3. Die Öffentlichkeitsarbeit der Parlamente ist nach der Rechtsprechung der Verfassungsgerichte Ausdruck des Demokratieprinzips, sie ist wesentlich für die Funktionsfähigkeit einer parlamentarischen Demokratie und damit eine der Kernaufgaben jedes Parlaments. Die Landesparlamente kommen ihrem verfassungsmäßigen Auftrag zu Offenheit und Transparenz mit Öffentlichkeitsarbeit und Demokratiebildung nach.

Auftrag der Parlamente in einer selbstbewussten Demokratie

1. Die parlamentarischen Demokratien stehen von innen und außen unter Druck. Die multiplen Krisen unserer Zeit – von der Corona-Pandemie mit ihren gesellschaftlichen Verwerfungen bis zu Energieknappheit und steigender Inflation auch als Folge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine – haben das Potenzial, einen Vertrauensverlust in Politik, Staat und Institutionen zumindest von Teilen der Bevölkerung zu fördern. Die Präsidentinnen und Präsidenten der Parlamente haben aufgrund ihrer besonderen verfassungsrechtlichen Verantwortung den Auftrag zum Schutz der Demokratie. Sie warnen daher vor der Gefahr der Radikalisierung kleiner Gruppen der Gesellschaft, die die parlamentarische Demokratie offen ablehnen.
2. Diese demokratiekritischen Gruppen sind mit herkömmlichen Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit und über journalistische Medien häufig nur schwer zu erreichen. Oft gelingt es nur noch dem persönlichen Umfeld, Verschwörungsnarrativen zu begegnen. Hier ist die Öffentlichkeitsarbeit der Parlamente besonders gefordert, mit den verschiedenen Angeboten der Demokratiebildung auch für diejenigen erreichbar zu sein, die nicht danach streben, von diesem Angebot erreicht zu werden. Die wissenschaftliche Untersuchung der Demokratiebildung im Landtag Nordrhein-Westfalen zeigt auf, dass Parlamentsbesuche das Verständnis für das Funktionieren der parlamentarischen Demokratie fördern. Daher braucht es jede Anstrengung, möglichst viele Bürgerinnen und Bürgern in ihrer Überzeugung von der

parlamentarischen Demokratie zu stärken. Die Mehrheit der Menschen in unseren Ländern ist mit der repräsentativen Demokratie zufrieden, möchte sich informieren und stützt das parlamentarische System. Mitunter ergeben sich hierbei deutliche regionale Abweichungen, die zu berücksichtigen sind. Ein weiterer Ansatz ist das Vermitteln von demokratischen Werten und parlamentarischen Erlebnissen für junge Menschen schon vor dem Erreichen des Wahlalters.

3. Die Landesparlamente müssen neue Wege finden, die Zugangs- und Informationsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Dies kann nur durch einen qualitativen und quantitativen Ausbau moderner Formen der Öffentlichkeitsarbeit gelingen – mit dem Ziel, unterschiedliche Zielgruppen mit passenden Informationsangeboten zu erreichen. Die Präsidentinnen und Präsidenten der Landesparlamente vereinbaren, die Angebote der Öffentlichkeitsarbeit und Demokratiebildung zu überprüfen und gegebenenfalls auszubauen.
4. Gerade in einer sich ausdifferenzierenden Gesellschaft haben Parlamente die Funktion, durch transparente, nachvollziehbare Verfahren unterschiedliche Interessen zu Gehör zu bringen und demokratisch legitimierte Entscheidungen herzustellen. Den Parlamenten und ihren Präsidentinnen und Präsidenten kann zudem eine integrative Funktion zukommen, wenn sie sich zu für die Demokratie elementaren politischen Fragen positionieren. Diese überparteiliche Position entwickelt eine Kraft zur Konsensbildung in der Gesellschaft.

Demokratie erleben: Weiterentwicklung der Öffentlichkeitsarbeit der Parlamente

1. Die wachsende Zahl der Zugriffe auf die Internetseiten und Social-Media-Kanäle, die Nachfrage nach Besuchs- und Informationsangeboten und die Teilnahme an Veranstaltungsformaten der Parlamente belegen vorhandene Potentiale: Das Bedürfnis nach belastbaren, unabhängigen und dialogorientierten Informationen der Parlamente ist hoch. Das gilt auch für die Nachfrage nach einem direkten Erleben von Demokratie und den Austausch mit politisch Verantwortlichen. In dieser Nachfrage liegt eine Chance besonders für die Landesparlamente. Ihre zahlreichen dezentralen, lokalen und regionalen Informationsangebote können von entsprechend vielen Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen werden.
2. Die Konferenz der Landtagspräsidentinnen und -präsidenten stimmt überein, die Angebote der Öffentlichkeitsarbeit und Demokratiebildung um folgende Formate gegebenenfalls weiterzuentwickeln:
 - **Tag der Demokratie:** Entscheidungen, die die Landesparlamente treffen, sind besonders nah am Alltag der Bürgerinnen und Bürger: Bildung, innere Sicherheit, Justiz und weitere landespolitische Themen sind zentrale Aufgaben des Staates. Diese Aufgaben der Landespolitik bilden den inhaltlichen Kern der Kommunikation der Landesparlamente. Um Landespolitik noch sichtbarer zu machen, streben die Präsidentinnen und Präsidenten der Landesparlamente an, jährlich den 15. September als Internationalen Tag der Demokratie, alternativ den 30. Juni als Internationalen Tag des Parlamentarismus gemeinsam kommunikativ zu begehen. Darüber hinaus bieten sich Veranstaltungen, Dialogangebote und Demokratiebildung an. Außerdem streben die Präsidentinnen und Präsidenten den Ausbau weiterer Mittel der gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit an.
 - **Erlebnis Demokratie:** Das direkte Erleben der parlamentarischen Willensbildung prägt eine positive Haltung zur Demokratie bei den Besucherinnen und Besuchern der Landesparlamente. Sie werden zu Multiplikatorinnen und

Multiplikatoren über den Besuch hinaus. Die Angebote der Demokratiebildung werden überprüft und, soweit möglich und sinnvoll, ausgebaut.

- **Demokratie vor Ort:** Nicht jeder kann in die Landesparlamente kommen, deswegen kommen die Parlamente zu den Menschen. Die Schaffung und Verstärkung von Angeboten der Demokratiebildung und des Dialogs vor Ort sollen geprüft werden.
- **Junge Menschen:** Schon Schülerinnen und Schüler kommen in Sozialen Medien mit einer Vielzahl an Meinungen, dubiosen Quellen und „Fake News“ in Kontakt. Sie benötigen mehr Medienkompetenz als alle Generationen vor ihnen. Die Präsidentinnen und Präsidenten der Landesparlamente sind sich einig, dass die Demokratiebildung junger Menschen besonders wichtig ist und so früh wie möglich die Werte der parlamentarischen Demokratie vermittelt werden müssen. Dafür vereinbarten sie, zielgruppengerechte Angebote und Programme für junge Menschen, vor allem für Schülerinnen und Schüler sowie Schulklassen, kontinuierlich weiterzuentwickeln.
- **Soziale Medien:** Parlamente können in sozialen Medien mit Informationen zur Versachlichung von Debatten beitragen und Anlaufpunkte bei der Suche nach seriösen Quellen sein. Junge Menschen informieren sich zu einem großen Teil auch über Soziale Netzwerke. Im Sinne eines Angebotes symmetrischer Kommunikation bieten die Parlamente hier Möglichkeiten zur Information und gegebenenfalls zum Dialog an, die zu einem stärkeren Vertrauen in die Institutionen führen können.
- **Virtuelle Welt:** Analoge und digitale Welt verschmelzen zunehmend. Es entstehen neue Angebote, Plattformen und digitale Orte (sog. Metaversum). Die Präsidentinnen und Präsidenten der Landesparlamente möchten diese Entwicklung positiv im Hinblick auf Öffentlichkeitsarbeit, Begegnungsmöglichkeiten und Demokratieerlebnisse in der digitalen Welt begleiten.
- **Niedrigschwellige Angebote:** Neben dem Angebot zum Besuch parlamentarischer Sitzungen treten niedrigschwellige Angebote aus Unterhaltung und Information hinzu, wie zum Beispiel Diskussions- und Dialogveranstaltungen, Tage der offenen Tür, zielgruppengerechte Führungen (z.B. für Migrantinnen und Migranten und/oder junge Menschen), digitale und Smartphone-Touren, Rollenspiele, Ferienangebote, Informationen in Leichter Sprache und für Erstwählerinnen und Erstwähler.